



Kerstin Vieregge
Mitglied des Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises Lippe I

An die Bürger des Wahlkreises 134 – Lippe I

Persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten zum TOP 1 a-c der 214. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages

In den vergangenen Tagen haben mich hunderte Zuschriften aus meinem Wahlkreis erreicht, in denen Frust und Unverständnis über politische Entscheidungen in Berlin – insbesondere der CDU/CSU-Fraktion – geäußert werden. Ich kann diesen Frust nachvollziehen und nehme diese Bedenken sehr ernst. Dennoch bin ich fest davon überzeugt, dass die Änderungen des Grundgesetzes notwendig sind, um Deutschland wirtschaftlich tragfähig und sicherheitspolitisch verantwortungsvoll aufzustellen.

Denn die sicherheitspolitischen Herausforderungen nehmen tagtäglich zu. Eine zentrale Frage ist, ob wir uns weiterhin uneingeschränkt auf unsere transatlantische Partnerschaft verlassen können. Trotz Beteuerungen von vielen amerikanischen Bekannten und Kollegen, dass die USA zu ihren Verpflichtungen für die Sicherheit ihrer europäischen NATO-Partner stehen, kann ich diese Frage nicht mehr bejahen. Die erratischen, impulsiven und verstörenden Auftritte des neuen (und alten) US-Präsidenten Donald Trump lassen nicht nur Zweifel zu, sondern führen unweigerlich zu einer beängstigenden Konklusion. Europa muss begreifen: Unsere Sicherheit liegt in unseren eigenen Händen. Wer jetzt nicht handelt, setzt unseren Wohlstand, unsere Freiheit und unsere Demokratie aufs Spiel. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Gut, das durch entschlossenes Handeln gesichert werden muss.



Deshalb sehen wir uns gezwungen die notwendigen Pflöcke einzuschlagen, die es der kommenden Bundesregierung ermöglichen wird, unserer sicherheitspolitischen Verantwortung gerecht zu werden und unsere Verteidigungsfähigkeit im notwendigen Maße zu stärken. Die Ausnahme von der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben sowie für Maßnahmen im Bereich des Bevölkerungsschutzes und der IT-Sicherheit oberhalb von 1 % des BIP ist kein Bruch mit der Haushaltsdisziplin, sondern eine gezielte Anpassung an aktuelle Herausforderungen.

Deutschland muss seine Bürgerinnen und Bürger wirksam schützen und seiner internationalen Verantwortung gerecht werden. Diese Investitionen sind sicherheitspolitisch notwendig und stärken zugleich die heimische Wirtschaft. Rüstungsprojekte, der Ausbau der Bevölkerungsschutzinfrastruktur und die Modernisierung der digitalen Sicherheit schaffen Arbeitsplätze und technologische Innovationen. Mit dieser Entscheidung sendet der Bundestag ein klares Signal an Partner, Gegner und Feinde: Deutschland ist verteidigungsbereit und künftig auch verteidigungsfähig. Finanzielle Mittel werden nicht fehlen, um Frieden und Freiheit in Europa zu verteidigen.

Ebenso dringlich ist der Ausbau der Infrastruktur. Ein leistungsfähiges Verkehrsnetz, eine zuverlässige Energieversorgung und eine moderne digitale Infrastruktur sind essenziell für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Das neue Sondervermögen von 500 Milliarden Euro mit einer Laufzeit von 12 Jahren wird ausschließlich für zusätzliche Investitionen genutzt und stellt sicher, dass dringend notwendige Projekte nicht länger aufgeschoben werden. Klar ist jedoch: Schuldenfinanzierte Mittel sind nur eine Seite der Medaille. Ebenso wichtig ist es, innerhalb des bestehenden Haushalts klare Prioritäten zu setzen und ineffiziente Ausgaben zu hinterfragen.

Auch der Klimaschutz erhält eine klare Perspektive. Bis zu 100 Milliarden Euro können aus dem Sondervermögen dem Klima- und Transformationsfonds zugeführt werden. Dies ist jedoch kein ideologisch geprägter Umbau mit der Brechstange, sondern eine wirtschaftlich durchdachte Strategie. Die Transformation muss technologisch realistisch, wirtschaftlich tragfähig und wettbewerbsfördernd sein. Deshalb werden gezielt Innovationen und Infrastrukturprojekte unterstützt. Auch hier gilt: Schuldenfinanzierte Investitionen sind nur ein Teil der Lösung.



Die Regierung muss bestehende Klima- und Energieausgaben auf ihre Effizienz prüfen und dort nachsteuern, wo Mittel nicht zielführend eingesetzt werden. Klimaneutralität darf und wird nicht zu Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverlusten führen. Das Sondervermögen ermöglicht gezielte Investitionen in neue Technologien und klimafreundliche Produktionsprozesse, die langfristig Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit sichern und die Innovationskraft der Industrie stärken.

Diese Maßnahmen sind eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ohne gezielte Infrastrukturprojekte, eine starke Verteidigungsfähigkeit und eine innovationsfreundliche Klimapolitik würde Deutschland weiter an wirtschaftlicher Dynamik verlieren. Entscheidend ist die richtige Balance: gezielte Investitionen in Wachstum und Sicherheit einerseits, Haushaltsdisziplin und Priorisierung bestehender Ausgaben andererseits. Dieser Ansatz wird Deutschland wieder auf den Weg des Wirtschaftswachstums bringen.

Aus diesen Gründen habe ich mich, trotz der vielerorts geäußerten Bedenken dazu entschieden dem Antrag zur Änderung des Grundgesetzes am heutigen Tage zuzustimmen. Gleichwohl möchte ich anmerken, dass dieser Schritt zwingend mit klaren Prioritäten im Bundeshaushalt und durchgreifenden Strukturreformen zur Modernisierung unseres Staates ergänzt werden muss. Zudem möchte ich Ihnen versichern, dass ich mir, der Tragweite dieser Entscheidung und ihrer möglichen Konsequenzen vollends bewusst bin.

Mit freundlichen Grüßen,

Kerstin Vieregge MdB